

Waldbader Tagblatt

(Enztalbote)

Amtsblatt für Waldbad, Chronik und Anzeigenblatt
für das obere Enztal.

Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- u. Feiertags.
Bezugspreis monatl. RM. 15.—, vierteljährl. RM. 45.—
frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im
Innereutschen Verkehr 48.— einschl. Postbestellgeld.
Einzelnummern 75 Pfg. :: Girokonto Nr. 50 bei der
Oberamtspostkasse Neuenbürg, Zweigstelle Waldbad.
Bankkonto: Direction d. Discoutoges., Zweigst. Waldb.
Postfachkonto Stuttgart Nr. 29 174.

Anzeigenpreis: Die einseitige Pettzeile ober deren
Raum RM. 1.50, auswärts RM. 2.00. :: Reklame-
zeile RM. 5.—. Bei größeren Aufträgen Rabatt nach
Tarif. Für Offerten u. bei Anstuferteilung werden
jeweils 1 RM. mehr berechnet. Schluß der Anzeigen-
annahme: täglich 8 Uhr vormittags. :: In Konkurs-
fällen oder wenn gerichtliche Vertreibung notwendig
wird, fällt jede Nachschlagewährung weg.

Druck der Buchdruckerei Waldbader Tagblatt; Verlag und Schriftleitung Th. Gatz in Waldbad.

Nummer 127

Gericht 179

Waldbad, Freitag, den 2. Juni 1922

Gericht 179

57. Jahrgang

Tagespiegel.

Der Deutschland bewilligte Zahlungsausschub für 1922 ist von der Reparationskommission unter Vorbehalt des Widerrufs bestätigt worden.

Reichsfinanzminister Dr. Wirth wird am Fr. 19 Berlin zu einer kurzen Urlaubreise nach Freiburg verlassen.

Nach einer Meldung der „Neuen Züricher Zeitung“ soll in Belgien in einigen Wochen mit der Liquidation der beschlagnahmten deutschen Güter gemäß den offiziellen Bestimmungen begonnen werden, falls nicht die von C. Berner unterzeichnete Konvention von der deutschen Regierung durchgeführt werde.

Am englischen Unterhaus wurde gestern die Interpretation der Arbeiterpartei über die Reparationsfrage behandelt.

Nach italienischen Blättermeldungen wird sich Außenminister Schanzer in den nächsten Tagen zum Abschluß des in Genua vorbereiteten englisch-italienischen Abkommens nach Poggio begeben.

Die Zwangsanleihe

Wie und zu welchen Terminen ist die Einzahlung auf die Zwangsanleihe zu leisten? Zunächst sei festgehalten, daß die Einzahlungen in vollem Umfange in barem Geld zu erfolgen haben. Kriegsanleihen, die bei dem Reichsnotopfer und bei der Kriegsgeldabgabe vom Vermögenszuwachs als Zahlungsmittel zugelassen waren und in denen der weitaus größte Teil dieser Abgaben tatsächlich bezahlt worden ist, werden nicht angenommen. Das bedeutet natürlich für die Zeichnungspflichtigen eine wesentliche Erleichterung gegenüber den bisherigen Kriegsanleihen. Der Gesamtbetrag der Zwangsanleihe ist im Lauf des Monats Oktober einzutreiben.

Für die Zeichnungspflichtigen soll der Vermögensstand vom 31. Dezember 1921 maßgebend sein. Deshalb schreibt der Entwurf die Vorauszeichnung und mit ihr die Vorauszahlung vor. Jeder hat sich selbst nach den Vorschriften des Vermögenssteuergesetzes einzuschätzen und nach dem Tarif des Zwangsanleihegesetzes die von ihm zu leistende Zwangsanleihe zu berechnen. Spätestens im Laufe des Monats Oktober hat er danach den auf ihn entfallende Betrag der Zwangsanleihe vorauszeichnen und gleichzeitig den Betrag bar einzuzahlen. Wenn der Betrag der endgültig verantworteten Zwangsanleihe die Vorauszeichnung um mehr als ein Drittel übersteigt, so hat der Zeichnungspflichtige, auch wenn ihm kein Verschulden nachzuweisen ist, von der Differenz eine „Abgabe“ zu entrichten, die von 40 bis 70 Prozent ansteigt. Nur wenn der Zeichnungspflichtige für seine Vorauszeichnung mindestens das Vierfache des zum Reichsnotopfer verantworteten Vermögens angekommen hat, tritt eine Ermäßigung dieser Abgabe ein.

Wenn der Zeichnungspflichtige einigermaßen sicher sein will, der „Abgabe“ zu entgehen, so bleibt ihm nur der Weg, in Zweifelsfällen sich selbst höher einzuschätzen, als er es für gerechtfertigt hält.

Wie soll nun im Lauf des Monats Oktober die Summe von mehr als 100 Milliarden flüssig gemacht werden?

Hefferich glaubt, daß die Zeichnungspflichtigen bei der Zwangsanleihe mit der Anspruchnahme von Krediten auf große Schwierigkeiten stoßen werden. Die deutsche Wirtschaft leidet unter zunehmender Geldknappheit. Das mag angesichts der fortgeschrittenen Vermehrung unseres Papiergelds widersinnig erscheinen, ist aber eine Tatsache. Gewiß, unser Geldumlauf ist unter dem Druck der Verhältnisse auf rund 140 Milliarden Mark angeschwollen, gegen etwa 6 Milliarden vor Kriegsausbruch; wobei allerdings zu berücksichtigen ist, daß von unseren Noten mindestens 20 Milliarden Mark im Ausland aufgespeichert sind und auch im Inland aus bekannten Gründen Milliardenbeträge gehamstert werden. Aber nehmen wir einen wirklichen Umlauf von 120 Milliarden, so wäre das eine Vermehrung des Umlaufgelds auf etwa das Zwanzigfache gegenüber der Vorkriegszeit. Unsere Großhandelspreise aber sind auf etwa das Sechzigfache gestiegen und unsere Valuta ist gegenüber dem Gold auf etwa ein Fünftel herabgesetzt. Ein deutlicher Beweis für die in Genua von mancher Seite noch

bestrittene Tatsache, daß die Entwertung unseres Gelds nicht von innen kommt, nicht auf den Notendruck zurückgeht, daß der Entwertungsprozess vielmehr seine Hauptursache in den uns auferlegten unfinnigen Kriegsschadigungen hat, die uns zwingen, Goldvaluten Tag für Tag in gewaltigen Beträgen zu kaufen, dadurch die Goldvaluten hochzutreiben und die eigene Valuta zu entwerten. Die Entwertung unserer Valuta wirkt dann im Wege der Verteuerung aller Einfuhrwaren auf die Inlandspreise, und die Notendrucke, die in der Meinung der Welt an allem Unglück schuld ist, kann bei der anstrengendsten Arbeit dem durch die Preisverhöhungen hochgetriebenen Geldberari nicht einmal voll genügen.

Die Schwierigkeiten mit der Begebung der Schatzanweisungen sollten eine ernste Warnung sein. Ende Januar 1921 betrug der Gesamtbeitrag der von der Reichsfinanzverwaltung ausgegebenen Schatzanweisungen 155,5 Milliarden Mark. Davon lagen 50,6 Milliarden Mark in der Reichsbank, mehr als doppelt soviel, 104,9 Milliarden Mark hatte der freie Verkehr aufgenommen. Ende April 1921 war die Gesamtausgabe von Schatzanweisungen auf 281 Milliarden Mark angewachsen; die Reichsbank hatte nicht nur die volle Zunahme des letzten Vierteljahrs mit 25 Milliarden Mark aufnehmen müssen, sondern außerdem noch mehr als 4 Milliarden Mark, die der freie Verkehr unter dem Druck des Geldbedarfs an sie abließ. Einem Bestand der Reichsbank von 155,6 Milliarden Mark standen jetzt nur noch 125,5 Milliarden Mark Reichsschatzanweisungen im freien Verkehr gegenüber.

Infolge der Knappheit des offenen Geldmarkts wirkt also jetzt der Geldbedarf des Reichs mit voller Schwere auf die Reichsbank und ihre Notenausgabe.

Wenn die Bodenkreditbanken der Landwirtschaft und dem städtischen Grundbesitz die für die Einzahlungen auf die Zwangsanleihe erforderlichen Kredite gewähren sollen, müssen sie selbst erst das Geld durch die Begebung von Pfandbriefen beschaffen. Der bloße Versuch dazu müßte auf einem Kapitalmarkt, auf dem gerade unter dem Druck der Zwangsanleihe alles gezwungen ist, zu verkaufen und niemand kaufen kann, zu einem Zusammenbruch führen.

Ebenso schwer wird sich die Beschaffung des Gelds für die Gewerbe- und Handelsbetriebe erweisen, die ohnedies infolge der Verteuerung der Rohstoffe unter einer sich bedenklich zuspitzenden Kreditnot leiden. Die Banken sind bei der bereits vorhandenen Anspannung nicht in der Lage, die erforderlich werdenden Kredite auch nur annähernd in vollem Umfang zu gewähren.

Die Besitzer von Wertpapieren werden sich gezwungen sehen, einen Teil ihres Besitzes auf einem Markt zu veräußern, auf dem für die meisten Werte die Käufer völlig fehlen werden. Freuen wird sich nur das Ausland, das in die Lage kommt, wertvollen deutschen Besitz zu Spottpreisen zu erwerben.

Ein französischer Abgeordneter hat Deutschland kürzlich als Beispiel eines guten Zahlers das Frankreich vorgehalten, das nach dem Krieg von 1870/71 die ihm auferlegte Kriegsschadigung am Lauf von 2½ Jahren geleistet habe. Die 5 Milliarden Franken der französischen Kriegsschadigung machten 2½ Prozent des französischen Volkvermögens aus. Auf das Jahr entfiel also die Zahlung von einem Prozent des französischen Volkvermögens. Die Abtragung der Entschädigung innerhalb der 2½ Jahre war für Frankreich möglich, weil im Weg einer internationalen Anleihe die ganze Welt mithalf. Trotzdem galt die Zahlung von 2½ Prozent des französischen Volkvermögens innerhalb von 2½ Jahren als eine Rieseneistung. Heute sollen im Lauf weniger Monate ohne fremde Hilfe und nach allen den vorausgegangenen Leistungen 5 Prozent, in Wirklichkeit 7½ Prozent des deutschen Volkvermögens eingezogen werden, das hält Hefferich für unmöglich.

Das Gespenst der Mark-Besserung

Ein führender Finanzfachmann, der von der Reichsregierung wiederholt zu gutachtlichen Äußerungen herangezogen wurde, schreibt uns:

Aus den nichtöffentlichen Verhandlungen des Auswärtigen Ausschusses des Reichstags ist u. a. bekannt geworden, daß der Großindustrielle und volksparteiliche Abgeordnete Hugo Stinnes vor einer sofortigen und raschen Besserung des Mark-Kurses dringend gewornt hat. Denn sie müsse

eine gewaltige Erhöhung der Arbeitslosenziffer in Deutschland zur Folge haben. Wenn die Mark gebessert werden soll, sei eine Pause erforderlich. Die Erhöhung des Wertes der Mark dürfe nicht plötzlich von heute auf morgen, sondern nur allmählich und stufenweise erfolgen. Deutschland müsse einen geeigneten Zeitpunkt abwarten, damit schlimmste Folgen für die deutsche Wirtschaft vermieden würden.

Diese Warnung eines Mannes, der auf weitübersehender Höhe steht, erfolgt zweifellos im Hinblick auf die Pariser Anleiheverhandlungen. Die Anleihe ist zwar noch nicht da, niemand weiß, wie sie ausfällt. Aber sie steht vor der Tür. Sie soll 100 Millionen Golddollar, also eine amerikanische Milliarde betragen. (Die Amerikaner nennen bekanntlich 100 Millionen eine Milliarde). Die Stimmung aller Banken und Industrien ist bereits auf sie eingestellt. Im Ausland zeigt sich eine festere Haltung der Mark. Das Ausland ist hoffnungsvoll gestimmt. Im Inland aber herrscht Zittern und Zagen. Zum ersten Mal winkt uns von außen ein Zeichen der Rettung und Hilfe, und die Wirkung in den deutschen Kontoren, besonders in denen des Handels, ist, daß man schwärzer in die Zukunft blickt als jemals bisher in den Jahren des Zusammenbruchs. Die Börse ist flau. Jede Woche fällt der Aktienkurs, Geld ist knapp, Kredit schwer zu bekommen und sündteuer. Der Absatz beginnt zu stocken, Käufer, die kaufen könnten, streifen und warten auf das Steigen der Mark. Man sieht mit dem Rechenstift und kalkuliert: Ist der Dollar am nächsten Wintertage auf 200 gesunken und bin ich bis dahin meine Ware nicht los, so ist sie die Hälfte wert und ich bin bankrott.

Solches Gespenstertum ist aber nur dann berechtigt, wenn die Mark rasch und plötzlich auf einen sehr guten Kurs „aufgehoben“ werden würde. Jedoch, wer will das? Ein so gefährliches Ergebnis liegt sowohl der Reichsregierung als auch dem Ausland ferne. In die Stabilisierung (Festlegung) können wir überhaupt erst herangehen, wenn Deutschlands Entschädigungsverpflichtungen im Lauf dieses Jahres festgelegt werden, daß sie mit der internationalen Anleihe und ihren hohen Zinsen mit der Steuerkraft und Zahlungsbilanz Deutschlands vereinbar sind. Die Ausgabe der Festlegung ist so gewaltig, daß nur ein großes internationales Finanzkonfortium sich ihrer Lösung annehmen könnte. Und dieses Konfortium wird sehr bald einsehen, daß man mit einem festen Kurs nicht auf einmal beginnen kann. Vielmehr wird man erst tastend versuchen, auf welchem Kurs einleitend eine gewisse Festlegung zu erzielen ist. Zuerst wird sich nämlich die Spekulation, diese alte böse Hexe, auf das neugeborene Kindlein stürzen. Die Welt wird eine Zeitlang wild und kritisch in Papiermarkt spielen. Diese Spekulation ist aber noch eine verhältnismäßig kleine Gefahr. Viel schwerer drückt der ungeborene Besitz des Auslands, der schon vorhanden ist, an deutschen Banknoten, Guthaben und kurzfristigen deutschen Schuldverschreibungen, insbesondere Schatzanweisungen. Dr. Melchior schätzt ihn auf ungefähr 75 Milliarden Papiermark. Dieser Betrag ist so groß, daß er in der Lage wäre, jeden Grundstock an Dollars, Pfunden und Gulden, den das Finanzkonfortium ansammeln wird, aufzuzehren, um wie eine Lawine die Schuldwehr, die gegen die weitere Entwertung der Mark ausgerichtet werden soll, niederzureißen. Man wird also sehr langsam und vorsichtig bei der „Stabilisierung“ vorgehen müssen. Gelingt sie, so wird die Zeit, die wir dann noch durchmachen, nicht leicht sein. Von jedem einzelnen Unternehmer und Arbeiter wird noch mehr Anstrengung und Verantwortlichkeitsgefühl als bisher verlangt werden. Wir müssen durch eine Krise hindurch. Aber hilflose Angst würde die Lage nur verschlimmern.

Aus dem Reich

Die deutsche Volkspartei in Opposition

Berlin, 1. Juni. Die Vertreter der Deutschen Volkspartei gaben gestern im Vorkomitee des Reichstags die scharfe Erklärung ab, die Abgeordneten der Deutschen Volkspartei seien überzeugt, daß sie bei den Verhandlungen mit den Parteiführern (bezüglich der Entschädigungsverhandlungen in Paris) von der Reichsregierung absichtlich irreführend worden seien. Die Erklärung richtet sich besonders auch gegen Dr. Hermes, daher stimmte die Fraktion für den Misstrauensantrag. In Parlamentstreffen hält man es für nicht unmöglich, daß während der Pfingstferien des Reichstags (bis 13. Juni) eine teilweise Umbildung des Kabinetts stattfindet.

Oberschlesien soll deutsch sein gemacht werden

Breslau, 1. Juni. Die polnischen Banden haufen wieder so schnell wie je zuvor, und niemand hindert sie daran. Sie wollen alle Deutschen aus Oberschlesien vertreiben; am 31. Mai kamen in den Flüchtlingsstellen über 1500 vertriebene Deutsche an. Der französische Kreisliberale antwortete auf die Bitte um Schutz für die Flüchtlinge, dazu seien seine Truppen nicht da.



Gegen die Schuldfrage

München, 1. Juni. Auf eine Anfrage der bayerischen Mittelpartei erklärte Ministerpräsident Graf Verheul, der Fischenbachprozess habe zur Widerlegung der Kriegsabsicht Deutschlands kräftige Beweise erbracht. Das Protokoll über die Berichtsverhandlungen werde der Reichsregierung zugestellt werden. Wenn auch bei unseren Gegnern wenig Aussicht vorhanden sei, daß sie ihre Behauptungen von der Kriegsschuld Deutschlands aufgeben, weil sie eben ihre Völker in dem Glauben an die „Gerechtigkeit“ des Vertrags von Versailles erhalten müssen, so bestehe doch Aussicht auf erfolgreiche Aufklärungsarbeit bei den Neutralen und bei dem amerikanischen Volk. Die bayerische Regierung werde die Reichsregierung um möglichst wirksame Bewertung des Materials im Ausland eruchen in der Ueberzeugung, daß mit dieser Frage der Vertrag von Versailles stehe und falle.

Hirtensbrief für die Bekenntnisschule

München, 1. Juni. In einem Hirtensbrief fordert der Erzbischof die kath. Eltern auf, ihre Namen in die Verzeichnisse für die Erhaltung der Bekenntnisschulen einzutragen.

50. Tagung des Deutschen Landwirtschaftsrats

München, 31. Mai. Am 2. Verhandlungstag des Deutschen Landwirtschaftsrats wurde ein Antrag zur Landarbeiterfrage angenommen, der u. a. gefesselten Schutz gegen die uneingeschränkte Abwanderung landwirtschaftlicher Arbeitskräfte, schnelle Gewährung von Reichszuschüssen auch für Vertreibungen auf dem Lande, Zulässigkeit der Heranziehung ausländischer Arbeitskräfte und den Schutz lebenswichtiger landwirtschaftlicher Betriebe fordert. Ferner wurde nach Entgegennahme eines Berichts über das Agrarprogramm der deutschen Sozialdemokratie ein Antrag angenommen, der die Einigkeit der gesamten landwirtschaftlichen Bevölkerung gegen den Sozialismus aller Schattierungen als festes Bollwerk gegen den Erzieind des freien landwirtschaftlichen Besitzes fordert. Zur Frage der Wucherbekämpfung wurde ebenfalls ein Antrag angenommen, der u. a. die Anhörung von Sachverständigen der Landwirtschaftskammern fordert. Nachdem der Direktor der württemberg. Landwirtschaftskammer, Regierungsrat Ströbel über landwirtschaftliche Hilfe zur Vinderung wirtschaftlicher Not gesprochen hatte, fand ein Antrag Annahme, der die Vleierung unentgeltlicher oder verbilligter Lebensmittel an Minderbemittelte im kommenden Jahr planmäßig und einheitlich geregelt wissen will. Auch zu den Steuerfragen wurde Stellung genommen, die Zwangsanleihe in der bisherigen Form als Vermögenskonfiskation mit Produktionsgefährdung abgelehnt und eine Reihe von Änderungen sowohl bei der Zwangsanleihe, wie dem Landessteuergesetz verlangt. Nach noch einigen weiteren Berichten über landwirtschaftliche Sonderangelegenheiten wurde die Tagung geschlossen.

Vom Ausland

Die Entschädigungsfrage im Unterhaus

London, 1. Juni. Bei der Besprechung der Entschädigungsfrage im Unterhaus sagte der Arbeiterführer Clynes, England sei der wahre Freund Frankreichs. Die Sicherheit Frankreichs könne aber nur auf der Durchführung der Grundsätze des Völkerbunds beruhen. England habe auch in Frankreich Hoffnungen erweckt, die sich als vollkommen unüberführbar erwiesen. Er frage, für welche Zeit der Einmarsch ins Ruhrgebiet aufgeschoben sei. Die Drohung mit militärischer Gewalt sei ein ernstliches Hindernis für das wirtschaftliche Wiederaufleben Englands. Jetzt sei wohl die Zeit für die Aufhebung der Besetzung gegeben. Welche Einwände bestehen gegen die von Deutschland vorgeschlagene Anleihe, die es in stand sehen, doch wenigstens einen großen Teil der Kriegsentwädigung zu bezahlen? Durch ein Schiedsgericht ließe sich dies besser erreichen als durch Waffengewalt.

Kenworthy führte aus, wenn man eine Befreiung wolle, so müssen vor allem die Besetzungstruppen zurückgezogen werden, statt daß man mit immer neuen Besatzungen drohe. Diese Heere haben schon mehr getötet, als man von Deutschland erhalten habe.

Ministerpräsident Lloyd George erwiderte, man könne annehmen, daß der gefährliche Punkt der Entschädigungsfrage für den Augenblick vorüber sei. Es bestehe kein Grund zu einem Streit zwischen England und Frankreich. Erfreulicherweise bemühe sich die deutsche Reichsregierung, den

Forderungen der Entschädigungskommission entgegenzukommen. Er glaube, daß die gegenwärtige Regierung sich ehrlich bemühe, den Friedensvertrag durchzuführen, und das sei anzuerkennen, umso mehr, als sie mit erheblichen weltlichen Schwierigkeiten zu kämpfen habe. Eine Politik der Nichterfüllung des Friedensvertrags würde eine Politik sofortigen Unheils für Deutschland sein. Zweifellos würde Frankreich allein vorgehen, wenn Deutschland den Vertrag nicht beachten würde, und wenn in Deutschland eine Regierung zustande käme, die dem Friedensvertrag Widerstand leistete, so würde England zusammen mit Frankreich vorgehen. England sei für eine Politik der Mäßigung, aber auch der Erfüllung. Jedes alleinige Vorgehen eines der Verbündeten würde für den Verband unheilvoll sein.

Wink der französischen Regierung

Paris, 1. Juni. Die Regierung richtete laut „Petit Parisien“ an die Entschädigungskommission ein Schreiben, in dem sie auf Unbestimmtheiten in den Versprechungen Deutschlands, namentlich in bezug auf die Finanzüberwachung, hinweist. Die Regierung werde zwar die Entscheidung der Kommission anerkennen, aber in der Folge auf der strengsten Einhaltung der von der Kommission nunmehr festzusetzenden Verpflichtungen bestehen.

Die Regierung hat auf die Einladung Italiens nach dem Haag geantwortet, sie werde demnächst die Entscheidung treffen und mitteilen, unter welchen Bedingungen die Konferenz die Verhandlungen über die russische Frage aufnehmen solle.

Ausschub auf Widerruf

Paris, 1. Juni. In einem Schreiben an die deutsche Kriegskostenkommission in Paris bestätigt die Entschädigungskommission die Vorschläge der Reichsregierung vom 28. Mai und bedauert, daß diese nicht schon längst getan habe, was sie jetzt zu tun verspreche. Es sei anzuerkennen, daß das Versprechen eine ernsthafte Anstrengung bilde, den Forderungen zu entsprechen. Die Kommission bestätigte daher den am 21. März vorläufig bewilligten Zahlungsausschub, der nun mit dem 1. Januar endgültig werde. Die Vorschläge hinsichtlich der schwebenden Schuld erscheinen allerdings nur ausführbar bei ausreichender Unterstützung durch eine auswärtige Anleihe. Der Ausschub könne daher bei Versäumnis immer widerrufen werden, auch dann, wenn die schwebenden Fragen nicht befriedigend gelöst werden.

Keine Anleihe ohne Aenderung des Friedensvertrags?

Paris, 1. Juni. Nach dem „Devoir“ trat der internationale Anleiheauschub gestern wieder zusammen. Nach dem Blatt habe sich der Holländer Vlesinger über seine Reise nach Berlin und die Zahlungsfähigkeit Deutschlands weniger günstig ausgesprochen als man hätte glauben können. Der Anleiheauschub komme mehr und mehr zu der Ueberzeugung, daß es schwierig sei, einem Staat Vorschüsse zu gewähren, auf dessen Gesamtvermögen bereits eine Hypothek von 132 Milliarden Goldmark lasse, die außerdem noch durch die Besetzungskosten erhöht werde. Tatsächlich werde der Bankierauschub gezwungen sein, die Fragen der Entschädigung, der Sicherheit und der internationalen Schulden in ihrer Gesamtheit zu prüfen. Daher sei es möglich, daß der Ausschub sehr bald einen Bericht verfassen werde, in dem er erkläre, daß bei Fortbestehen des Vertrags von Versailles Deutschland kein Kredit gewährt werden könne.

Amerika geht nicht nach dem Haag

London, 1. Juni. Die „Times“ erfährt, das Staatsamt der Vereinigten Staaten habe auf die Einladung zur Konferenz im Haag erwidert, es sehe keine Möglichkeit, die Einladung anzunehmen.

Faschistische Unruhen

Bologna, 1. Juni. Gruppen von Faschisten (nationale Vereinigung gegen den Sozialismus), die sich aus verschiedenen Orten in Bologna vereinigt hatten, griffen mehrere Wohnhäuser von Sozialisten und verschiedene sozialistische Genossenschaftshäuser an und setzten sie in Brand.

Das neue Ministerium in Oesterreich

Wien, 1. Juni. Zum Bundeskanzler an Stelle des zurückgetretenen Dr. Schöber wurde der Obmann des christlich-sozialen Klubs, Prälat Dr. Seipel, von der Nationalversammlung mit 101 Stimmen (Christlich-Soziale, Großdeutsche, Deutsche Bauernpartei und Graf Czernin) gegen 58 Stimmen gewählt. Das neue Kabinett besteht aus 7 Christlich-Sozialen, 3 Großdeutschen und 1 Beamten. In der

gestrigen Nachmittagsitzung der Nationalversammlung bekannte sich der Kanzler zur republikanischen Staatsform, über der Form aber stehe das Wohl des Volks. Deshalb habe er, obgleich er kaiserlicher Minister gewesen sei, nunmehr den Kanzlerposten in der schwierigsten Lage übernommen. Die Regierung werde die Politik der Verträge mit den Nachbarstaaten, wie sie von Schöber eingeleitet sei, fortführen. Finanzpolitisch werde keine Gewalttätigkeit eingenommen, namentlich soll keine Notenabstempelung (Entwertung eines Teils des Papiergeldes) stattfinden.

Württemberg

Stuttgart, 1. Juni. Feuerwehrdienst der Beamten. Nach einem Erlaß des Ministeriums des Innern werden mit Rücksicht auf Klagen, die von den Gemeinden und aus Feuerwehrtreibern gegen zu weitgehende Befreiung von Beamten vom Feuerwehrdienst erhoben worden sind, für den Geschäftskreis des Ministeriums des Innern nach Anhörung des Gesamtbeamtenbeirats folgende Bestimmungen getroffen: Wegen öffentlicher Berufspflicht sind von der Feuerwehrdienstpflicht nur folgende Beamte allgemein und dauernd ausgenommen: Die Vorstände und die zweiten Beamten der Oberämter und, soweit ein zweiter Beamter fehlt, ein Beamter des mittleren Dienstes, die Angehörigen der staatlichen Ordnungspolizei (Schutzpolizei), die Vorstände der staatlichen Polizeiamter und die im Vollzugsdienst tätigen Staatspolizeibeamten, die Beamten der Zweigstellen des Landespolizeiamts und der Außenstellen des Bundesamts, die Beamten des Arbeitshauses Balingen, die vom Landesamt für die Staatskrankenanstalten bezeichneten Beamten und Angestellten dieser Anstalten. Weitere Befreiungen, die aber nur beim Vorliegen zwingender Gründe in Frage kommen können, bleiben dem Ministerium des Innern vorbehalten. Beamte, die der Feuerwehr angehören, können im Einzelfall vom Vorstand der betreffenden Dienststelle für unabhkömmlich erklärt werden, wenn ein Brandfall oder eine Feuerwehrrübung in eine Zeit fällt, in der der Beamte aus zwingenden Gründen am Feuerwehrdienst verhindert ist.

Kalen, 1. Juni. Das Oberamt fahndet nach dem 16jährigen Gymnasiasten Paul Klaus, der sich am 29. Mai auf einem älteren Fahrrad von Ellwangen aus in der Richtung Hall—Crailsheim entfernt hat. Für sichere Auskunft über den Verbleib ist eine Belohnung von 1000 M. ausgesetzt.

Langheim O. Ellwangen, 1. Juni. Hagel. Das letzte Gewitter hat auch hier Hagel gebracht. Verschiedene Landwirte haben laut Spj- und Jagtzeitung Schäden mit über 50 Prozent zu verzeichnen. Teilweise müssen sie sogar umadern. Dem Bernehmen nach sind auch die Partungen Hummelweiler, Lindenhof, Gde. Rosenberg, und Fronrot, Gde. Böhlermann, vom Hagel betroffen worden. In letzterer Partung ist namentlich die Winterfrucht, speziell Roggen, erheblich beschädigt worden.

Tübingen, 1. Juni. Preiswucher. Der frühere Inhaber der Firma Dalberg in Reutlingen, der sogenannte Landeswaren zurückgehalten hatte und sie später zu höheren Preisen auszeichnen und verkaufen ließ, wurde auf Berufung der Staatsanwaltschaft von der Strafkammer zu 60 000 M. Geldstrafe und 6 Wochen Gefängnis verurteilt.

Kottweil, 1. Juni. Stillgelegte Brauerei. Der Betrieb der hiesigen Pflaumenbrauerei wurde eingestellt und die Brauerei an die Löwenbrauerei N.-O. in Schwanningen verkauft.

Geislingen a. St., 1. Juni. Vom Metallarbeiterstreik. Durch Massenaufgebot von arbeitswilligen Arbeitern wurde die seit Montag von den Streikenden angewandte Absperrung der Württ. Metallwarenfabrik aufgehoben. Die starken Streikposten wagten den Angestellten nicht mehr den Zugang zur Fabrik zu verwehren.

Laupheim, 1. Juni. Stiftung. Die Laupheimer Werkzeugfabrik hat dem Verein „Heimadank“ M. 50 000.— zur Verfügung gestellt.

Radensburg, 1. Juni. Todesurteil. Das Schwurgericht hat den 27jährigen Gelegenheitsarbeiter O. Reusch von Oberallingen zum Tod verurteilt. Reusch hatte bei einem Einbruch bei dem Landwirt Leuze in Winterbach, O. Radensburg, dessen 11 Jahre alte Pflege Tochter Klara Stengel erdrosselt und 1300 Mark geraubt.

Vom Bodensee, 1. Juni. Gemeinsamer Tod. Ein junges Paar mietete sich in Friedrichshafen ein Boot und fuhr weit in den See hinaus. Zwei Tage später wurde das leere Boot gefunden. Die beiden jungen Leute, ein Mädchen aus Mainz und ein Herr Wieherer aus der Gegend

Heimatwurzeln.

Roman von Hans von Helldorf.

86

(Nachdruck verboten)

Inzwischen besichtigte er eingehend den Schaden, prüfte die breiten Risse, die wie unheimliche Strahlen nach rechts und nach links in die noch stehen gebliebenen Dammteile hineintiefen. Zu seinem Mißvergnügen tauchte jetzt Herr Bremmer auf, der, als er ihn erkannte, sofort heraneilte.

In der sich nun entspinneuden Unterhaltung hatte er Gelegenheit, deutlich zu merken, daß aus dem einstmalig sehr geschweidigen und willensstarken Beamten inzwischen ein recht selbstgefälliger Mann geworden war. Das Redebedürfnis, das er ihm während ihrer gemeinsamen Arbeit ziemlich abgewöhnt hatte, brach jetzt ungehemmt hervor, und er mußte an die Wortfarge, in sich gefesselte Persönlichkeit des Herrn Harsenstein denken. Er beobachtete scharf und wogte die Worte ab. Bremmer aber schwachte sich in die Wichtigkeit der eigenen Person immer mehr hinein.

Da hieß es zum Beispiel:

„Wir waren natürlich zuerst sehr erschrocken über dieses Malheur, aber wir sind zu der Einsicht gekommen, daß es Gutes im Besolge haben wird. Wir haben eine größere Turbine bestellt, die Wassermeister sind schon da, und die Arbeiten sind im Gange. Wir werden der Mühle ein neues Inventar geben, und wir werden den Damm erhöhen.“

„Und woher kommt das Geld?“ fragte Herr von Bidau sticrnungselnd.

„Das nehmen wir aus dem Amortisationsfonds der Landwirtschaft.“

„So, so,“ entgegnete Herr von Bidau langsam. „Und wie steht es mit den Rechten des Bauern Peters an das Stück Wiese, wodurch der Wasserstand nicht ohne seine Einwilligung in die Höhe getrieben werden darf?“

„Oh, das wird sich schon finden!“

„Nun lachte Herr von Bidau spöttisch.“

„Ihr scheint ja allerdings hier mit den größten Schwierigkeiten Federball zu spielen! Wenn euch das nur gut bekommt!“

Herr Bremmer empfand eine kleinliche Freude, zu sehen, daß seinen einstigen Chef diese Mitteilungen gärgert zu haben schienen. In seiner geringen Menschenkenntnis hielt er es für Reid . . . Ja, mochte er nur sehen, daß es auch ohne ihn hier ging.

Einen abermals einsetzenden Wortschwall über weitere Aenderungen in der Wirtschaft schnitt Herr von Bidau mit der Frage ab, ob er wisse, wo Herr von Uhlendorde stehe und wo dieser zu finden sei.

„Die Herrschaften sind alle im Hause. Auch die Pastorfamilie und Frau Ruhstral sind gekommen, um Herrn Egons Geburtstag zu feiern.“

Herr Bremmer wollte noch fragen, ob er den Herrn bis dahin geleiten dürfe, da wandte sich dieser mit einem kurzen Gruß ab, bestieg sein Pferd und ritt auf dem Weg über die Bahn nach Hause.

Innerlich vermühtete er es nun doch, nach Parnitz geritten zu sein. Nicht nur das, was er gesehen und hört hatte, reizte seine Stimmung, sondern ein Schamgefühl beschlich ihn.

Wie ein dunkler Trieb war es ihm am Morgen gewesen, gerade heute nach Parnitz zu wollen. Und da fand dieser seine Auslösung in der Bemerkung des törichten Bremmer, daß Egon heute Geburtstag habe, ja, den Tag der Mündigkeit damit erreichte. In das nächste Frühjahr fiel der Gerdas, wo auch diese mit Eintritt in das zweiundzwanzigste Jahr alle Rechte der gesetzlichen Selbständigkeit erlangte.

Auch eine mahnende Stimme raunte ihm zu, daß er durch sein Erscheinen heute den Bruch zwischen beiden Häusern hätte beseitigen können. Aber er besah nicht die Größe der Auffassung, seinerseits die Hand zur Vermöhnung zu bieten.

Frau von Bidau merkte es sofort, daß er sehr ver-

stimmt war, da er auf keine ihrer Fragen einging. Sie verschärfte nun seinen Verdruß mit der Bemerkung:

„Ich wußte es ja vorher, daß du dich ärgern würdest. Hättest du nur auf mich gehört! Daß doch deine hochmütigen Mündel inzwischen ihre Erfahrungen machen. Das wäre ihre gerechte Strafe, und tue du nichts dazu, ihnen diese Erfahrungen zu ersichtern. Mögen sie sehen, wie sie ohne dich fertig werden!“

„Ja, sie mochten sehen, wie sie ohne ihn fertig wurden. . . Aber daß ihnen das augenscheinlich möglich war, gerade das wurmte ihn. Und ein kleinlicher Haß griff in ihm Platz, gegen den eine bessere Regung ohne Erfolg ankämpfte.“

So gingen die Monate dahin. Der Schaden, den das Wasser angerichtet hatte, war längst ausgebessert worden. Alle damit zusammenhängenden Neuerungen standen fix und fertig da und wurden in Betrieb gesetzt.

Nach immer schwebte die Frage, ob der alte Peters den Rest der Wiese hergeben würde. Alle Bemühungen deshalb waren bisher gescheitert. So sah man ein, daß man die Sache vorläufig auf sich beruhen lassen müsse. Aber behauerlich blieb es doch, daß die neue Turbine und die Neueinrichtung der Mühle nur mit der halben vorhandenen Kraft arbeiten konnten.

Walter Uhlendorde zeigte für diese Tatsache außerordentliches Interesse.

Tante Lamine behauptete, er fühle so mit, als gehöre er bereits zur Familie. Aber auch Egon schien keinen Geschmack an solchen Bemerkungen zu finden, denn die Tante erlebte den Schmerz, nun auch von ihm zu hören, daß sie auf dem besten Weg sei, ihm und Gerda den netten Ilmgang mit Walter vollständig zu verkleiden.

(Fortsetzung folgt.)

von Bitterach a. N. hatten von Sindau aus Traberbüchse abgehandelt, sowie eine Karte an ihre Wirtskleute: „Zum Andenken von einem glücklichen Paar, das den Tod in den Wellen fand.“

Evang. Landeskirchenversammlung

Stuttgart, 1. Juni. In der Donnerstagssitzung kam zunächst die Frage der finanziellen Auseinandersetzung zwischen Staat und Kirche zur Verhandlung. Die Verfassung bestimmt in § 63: „Als Abfindung ihrer Vermögensansprüche an den Staat (der Staat hatte 1806 das Kirchengut eingezogen. D. Red.) erhalten die evang. und die kath. Kirche eine unveränderliche Geldrente. Die Renten sind unter Berücksichtigung der Mitgliederzahl der Kirchen nach ihren bestehenden Bedürfnissen zu bemessen (Abs. 1). . . Ein Gesetz regelt das Nähere. Bis zu dessen Inkrafttreten werden die Bedürfnisse beider Kirchen nach den bisher geltenden Bestimmungen aus der Staatskasse bestritten (Abs. 3). Wegen der Unsicherheit des Währungsstandes ist diese endgültige Rente auf absehbare Zeit noch nicht festzusetzen. Der Uebergangszustand wird also, so erwünscht der Kirche die endgültige Regelung wäre, noch länger weiter dauern müssen. Der kirchenrechtliche Ausschuss, der über die sich hieraus ergebenden Fragen beraten hatte, schlägt der L.R.V. eine auch der Staatsregierung und dem Landtag zu übermittelnde Erklärung vor, in der für die Verwilligung der durch den sinkenden Geldwert nötig gewordenen Aufbesserungen der Pfarrgehälter und -Pensionen gebauert und dann fortgeführt wird.“

„Die L.R.V. hält daran fest, daß die finanzielle Neuordnung unter Wahrung der durch die Landesverfassung begründeten Rechte vorgenommen wird. Insofern die endgültige Auseinandersetzung zurückgestellt wird, hat die vorläufige Neuordnung nach Inhalt und Geist der Landesverfassung so zu geschehen, daß die bestehenden Bedürfnisse der Kirchen unter Berücksichtigung der Mitgliederzahl beider Kirchen aus Staatsmitteln befriedigt werden und die einzuführende Landeskirchensteuer in der Hauptsache für später entstehende kirchliche Bedürfnisse vorbehalten bleibt. Hierzu ist, solange der Goldwert häufigen Änderungen unterliegt, erforderlich, daß die Staatsleistungen nach einem beweglichen Maßstab bestimmt werden, der sich den jeweiligen Wertverhältnissen selbsttätig anpaßt, und daß diese Leistungen nicht durch den Staatshaushaltsplan, sondern durch ordentliches Gesetz auf eine Reihe von Jahren geregelt werden.“

Die L.R.V. billigt die bisherige Haltung der Kirchenbehörde in diesen Fragen und sie vertraut darauf, daß ihre zur rechten Zeit Gelegenheit zu weiterer Stellungnahme gegeben wird.“

Die Verhandlungen gehen weiter.

Das Wort Pfingsten erscheint insofern der Form Ostern ähnlich, als es sich auch bei diesem (meist ebenfalls artikel- und geschlechtslos gebrauchten) Feiertagsnamen offenbar um eine Mehrzahl handelt; und ebenso wie Ostern, sagt uns die Bezeichnung Pfingsten nichts über die kirchliche Bedeutung des Festes (das zur Erinnerung an die Ausgießung des heiligen Geistes begangen wird), sie weist vielmehr nur — sozusagen ganz arithmetisch — auf seinen Zeitabstand vom Osterfest hin, von dem es stets sieben Wochen, das sind rund fünfzig Tage, entfernt ist. „Der fünfzigste“ (nämlich: Tag) heißt nun im Griechischen pentekoste (sc. heméra), woraus dann bei uns — wohl vermittelt durch ein gotisches painteküste — in allmählicher Abschleifung Pfingsten geworden ist. Von den Zusammenhängungen mit dem Wort seien hier nur genannt die Pfingstrose für die Pönie (die zu Pfingsten gleich einer Rose blüht) und der Pfingstochse, d. h. der dunkelbraune, zum Pfingstfest auf die aufgetane Gemeindegeweihe (Pfingstweide oder -weide) geführte Esel.

Das Fronleichnamtsfest fällt stets auf den Donnerstag nach Trinitatis, d. i. dem ersten Sonntag nach Pfingsten. Es wird in der katholischen Kirche (seit dem 13. Jahrhundert) begangen zur Feier der Transsubstantiation, d. h. der Verwandlung der gesegneten Hostie in den Leib (mhd. lichnam = „Körper“) Christi unter „Herrn“, im Althochdeutschen frö genannt (davon das Adj. frön, ahd. frōno, mhd. vrōnse) = „den Herrn betreffend“, auch „heilig“; vgl. auch noch unser modernes Wort Frau (ahd. frouwa, mhd. vrouwe, ursprünglich = „Herrin“, als Fem. zu frō).

Vom Redartianalbau

Nach dem Bericht der Redar-Aktiengesellschaft, die ihre Verwaltung nunmehr ganz nach Stuttgart verlegt hat, über das erste Geschäftsjahr bis 31. Dezember 1921 betragen die verfügbaren Mittel insgesamt 300 Millionen Aktienkapital und über 450 Millionen Darlehen (Schuldverschreibungen). Der fortschreitenden Leertung wegen muß das Aktienkapital um 260 Millionen Mark erhöht werden, zu deren Uebernahme das Reich, die Redarstaaten und die Hauptgründer sich verpflichtet haben. Weitere Teilschuldverschreibungen auszugeben, wird voraussichtlich erst im nächsten Jahr nötig sein. Zurzeit werden am Kanalbau rund 2000 Arbeiter beschäftigt. Am die durch Witterungsverhältnisse bedingten Versäumnisse einzubohlen, wird in zwei Schichten gearbeitet. Die 17 Baggermaschinen haben eine Schlichtleistung von je 600 Kubikmeter. Nach Fertigstellung eines wesentlichen Teils der Erdbauten kann man im nächsten Frühjahr mit den Kunstbauten (Behren, Schleusen usw.) beginnen. Die Staustufen um Heidelberg sollen 1925, der Behr- und Brückerbau von Horkheim, Lauffen und Untertürkheim 1923 fertig sein. Die Brückenbauten von Obertürkheim werden noch im Jahr 1922 beendet. Aus den im ersten Bauabschnitt vorgesehenen Staustufen werden 20 000 Pferdekrafts oder 125 Millionen Kilowattstunden (bei einem späteren Gesamtgewinn von 59 000 Pferdekraften) gewonnen, was etwa dem ganzen Strombedarf von Mannheim, Ludwigshafen, Stuttgart und Silingen zusammen gleichkommt. Beim Absatz der elektrischen Kraft will die Redar-Aktiengesellschaft jede Konkurrenzstellung vermeiden und daher den Strom nicht an einzelne Verbraucher, sondern an die vorhandenen Stromerzeugungs- und Verteilungsgesellschaften abgeben. Doch sollen die Verbraucher an der sich ergebenden Stromverbilligung teilhaben. Die Aktiengesellschaft wird sich mit 20 bis 40 Millionen Mark an dem Großkraftwerk in Mannheim, an den Werken in Heilbronn, sowie an der Württ. Landeselektrizitätsgesellschaft (Stuttgart) beteiligen. Als nächste Bauaufgabe ist die Strecke Heidelberg-Wimpfen vorgesehen.

M i e r l e i

Die Kaiserin Sita ist in Madrid von einem Töchterchen entbunden worden. Es ist dies das achte Kind des jüngst verstorbenen Kaisers Karl.

Der Frauenüberschuß im Reich beträgt nach den Mittelungen des Statistischen Reichsamts derzeit 1111 auf 1000.

Vor dem Krieg kamen auf 1000 Männer 1088 Frauen. — In Sowjetrußland kommen 1229 Frauen auf 1000 Männer.

An Morchelberggiftung sind in Gleichen (Neumark) zwei Töchter eines Landwirts gestorben. Die Pilze schienen verdorben gewesen zu sein.

Durch Blühschlag sind aus einer Schafherde in Bedden-dorf (Kreis Handelegen) 28 Stück getötet worden.

Grubenexplosion. Auf der Grube Amalte (Essen) hat eine Explosion am 31. Mai starke Zerstörungen angerichtet. Bis 1. Juni morgens 8 Uhr waren 13 Tote und einige Verletzte geborgen, 13 Mann werden noch vermisst.

Eheringe werden bei uns sowohl vom Mann wie von der Frau getragen und bei der Trauung gewechselt. In England war bisher die Zeremonie des Ringwechsels nicht üblich, sondern der Bräutigam steckte nur der Braut den einfachen goldenen Keifen an den Finger, ohne von ihr einen Ring zu empfangen. Die englischen Frauen wünschen nun, daß das anders wird und daß auch der Mann durch einen Ring öffentlich seine Gebundenheit anerkennt. Die englischen Blätter bringen zahlreiche Zuschriften aus ihrem Leserkreise, in denen gefordert wird, daß das Tragen eines Eherings für den Mann verbindlich gemacht wird.

Ungezeichnet. Der Schlafwagenschaffner streckt die Nase schnuppernd in die Luft. Dann schießt er auf eine Tür zu. „Definit! Nicht! Mein Herr, im Schlafstüpe darf nicht geraucht werden!“ — „Sol Herrin das einer im Raucherstüpe geschlafen, — da ham Sie nig gesagt!“ (Luft. Blätter.)

Soziales.

Wildbad, den 1. Juni 1922.

Pfingst-Sonderzug. Am Samstag, den 3. Juni verkehrt ein außerordentlicher Personenzug, Pforzheim ab 1.50 Uhr, Wildbad an 2.53 Uhr mit Halt auf allen Zwischenstationen.

Im Juni (älter Junii, als Genitiv von Junius, sc. monis) steckt der Name einer Göttin; er ist nach der Juno, der Gemahlin des Jupiter, benannt, von Karl dem Großen durch „Brachmonat“, (brächmānōt) verdeutsch worden mit Bezug auf die Zeit des „Brachliegens“ der Felder (zu brach = „umgebrochen“, Brache = „erstes Umgebrochensein des Bodens“ nach der Ernte), was auf einen früheren Zeitpunkt der Ernte, als wir ihn heute gewohnt sind, schließen läßt.

ep. Kirchenopfer am Pfingstfest. Das Kirchenopfer am Pfingstfest hat letztes Jahr 107 451. — M. ertragen. Aus dieser Summe wurde außer zahlreichen inländischen Gemeinden, darunter auch Oppau, die deutsche evangelische Auslandsdiaspora namentlich in Rußland, ferner oberösterreichische Gemeinden unterstützt. Aus dem heurigen Pfingstopfer sollen wiederum auch unsere notleidenden Brüder in Rußland, sowie in Bessarabien unterstützt werden. Ebenso soll aus dem Pfingstopfer die kirchliche Fürsorge für die ausgewanderten evang. Deutschen in Uebersee bedacht werden.

Staatliche Beihilfen für Handwerkslehrlinge. Von zuständiger Seite wird mitgeteilt: Gesuche um Gewährung staatlicher Beihilfen an bedürftige und besonders tüchtige begabte junge Leute von guter Führung zur Erlernung eines Handwerks müssen spätestens bis 15. Juni 1922 beim Landesgewerbeamt eingehen; es liegen jetzt schon sehr zahlreiche Anmeldungen vor. Bei der Beschränkung der vorhandenen Mittel können nur besonders tüchtige junge Leute mit der Gewährung einer Beihilfe rechnen.

Persönliches Erscheinen vor den Finanzämtern darf nach einer Entscheidung des Reichsfinanzhofs von der Finanzbehörde nicht verlangt werden, wenn der Vorzuladende dringende und triftige Gründe für seine Unabkömmlichkeit geltend machen kann.

Gedenkfeier der 248er. Die ehemaligen Angehörigen des Reserve-Infanterie-Regiments 248 werden am 2. und 3. September d. Js. in Kirchheim u. T. ein Denkmal für die im Weltkrieg gefallenen Kameraden einweihen, womit eine Landesversammlung der alten Kameraden verbunden sein wird. Alle ehemaligen Angehörigen sowie Gönner und Freunde des Regiments werden zu der Feier eingeladen. Der Ausschuss bittet sie alle um freiwillige Spenden zur Aufbringung der erforderlichen Mittel, die auf Girokonto Stuttgart 15303 der Sammelstelle für die Errichtung eines Gefallenen-Gedenksteins Reserve-Inf.-Regts. 248 einbezahlt werden wollen. Auch die Redaktion unseres Blattes ist zur Vermittlung von Gaben gern bereit. Weitere Auskunft erteilt Kamerad H. Gloning in Stuttgart, Keppelerstr. 14.

Schülerausflüge. Nach einer Bekanntmachung des württ. Kultusministeriums sind Schülerausflüge mit weitem Eisenbahnschiffen künftig u. unterlassen und die Ausflüge auf die nähere Umgebung des Schulorts zu beschränken. Ausgenommen sind Ausflüge zu wissenschaftlichen Zwecken. Die Bestimmungen über die Aufwandsentschädigung der Lehrer bei Ausflügen sind dahin abgeändert worden, daß den Lehrern anstelle einer festen Vergütung die tatsächlich erwachsenden Ausgaben für Fahrt und Verzehraufwand zu ersetzen sind.

Neue Briefmarken. Die Briefmarken zu eine, zwei und drei Mark, die bisher in zweifarbiger Ausführung von der Reichsdruckerei hergestellt wurden, sollen in Zukunft nur noch einfarbig gedruckt werden, wobei der hellere Unterdruck fortfallen soll. Mit der Ausgabe der neuen Marken zu zwei Mark soll, nach einer Mitteilung des Reichspostministeriums demnächst begonnen werden. Ebenso werden auch Freimarken zu 20 Mark nach einem neuen Entwurf von Scharff hergestellt, die auf Wasserzeichenpapier mit Wassermuster gedruckt sind. Vor der Ausgabe der neuen Freimarken sollen aber die alten Briefmarkenbestände aufgebraucht werden.

Giftige Wirkung von Rhabarberblattem. Das Stuttgarter Untersuchungsamt schreibt: Die in einer Familie vorgekommenen Erkrankungsfälle lassen es angezeigt erscheinen, das Publikum vor dem Genuß von Rhabarberblättern zu warnen. Dieses war im vorliegenden Fall wie Spinat zubereitet worden; das erste Brühwasser soll sogar weggegossen worden sein. Trotzdem rief das Gemüse bei vier Personen ziemlich heftige Vergiftungserscheinungen hervor. Schon die Stengel der Rhabarberpflanzen, in viel höherem Maße aber noch die Blätter, enthalten die giftige Oxalsäure (eine organische Säure) teils in Form von unlöslichem Calciumoxalat, teils wahrscheinlich in Form von löslichem Kaliumoxalat, dem bekannten giftigen Sauerkelesalz. Die Stengel von Rhabarber werden bekanntlich gerne zu Kompott verarbeitet, jedoch wird solches Kompott dann in wesentlich geringerer Menge genossen, als dies bei der Verarbeitung der Blätter zu Spinatsalat zu geschehen pflegt. Auch bei der Zubereitung der Stengel empfiehlt es sich, das erste Brühwasser abzugießen und eventuell bei der weiteren kochenmäßigen Zubereitung auf 100 Gramm Rhabarbersubstanz 0,3 Gramm (also eine kleine Messerspitze voll) kohlensauren Kalk zur Entgiftung beizufügen. Von dem Genuß der Rhabarber-

blätter neht man am besten ganz ab, da auch schon anderewärts Erkrankungsfälle beobachtet worden sind. Auf alle Fälle sollten bei der kochenmäßigen Zubereitung von Rhabarberblättern zu Spinatsalat nach Abgießen des ersten Brühwassers auf 100 Gramm Blattsubstanz etwa 0,7 Gramm kohlensauren Kalk zur Entgiftung zugegeben werden.

Letzte Meldungen.

Die Antwort der Reparationskommission.

Berlin, 1. Juni.

Die Reparationskommission hat der deutschen Kriegslastenkommission in Paris am 31. Mai abends ein Schreiben zugehen lassen, dem die Entscheidung der Reparationskommission in der Anlage beigelegt ist. In der Entscheidung heißt es u. a.: Die Reparationskommission hat das Schreiben des deutschen Reichsanalogs vom 28. Mai aufmerksam gebrüht. Die Kommission erkennt in Berücksichtigung der von der deutschen Regierung abgegebenen Erklärung an, daß das, was die deutsche Regierung bereits getan hat und die neuen Maßnahmen, zu deren Ergreifung sie sich verpflichtet, eine ernsthafte Anstrengung bildet, um den Forderungen der Reparationskommission zu entsprechen. Infolgedessen beschließt sie, dem am 21. März bewilligten vorläufigen Aufschub für einen Teil der während des Jahres 1922 in Ausführung des Zahlungsplanes zu bewirkenden Zahlung zu betätigen. Dieser Aufschub für das Jahr 1922 wird also mit dem 1. Juni endgültig. Die Kommission nimmt davon Kenntnis, daß wegen der Einzelheiten verschiedener Abmachungen zur Erfüllung der von der Kommission gestellten Bedingungen ein Benehmen zwischen der deutschen Regierung und dem Finanzkomitee stattfinden wird. Sie vermerkt andererseits, daß die Vorschläge hinsichtlich der schwebenden Schuld von der deutschen Regierung nur für den Fall als geeignet betrachtet werden, wenn Deutschland eine ausreichende Unterstützung durch eine auswärtige Anleihe erhalten kann. Die Reparationskommission muß darauf hinweisen, daß der hiermit bestätigte Aufschub gemäß dem Schluß des letzten Abschnitts der Entscheidung Nr. 1341 in jedem Augenblick widerrufen werden kann, falls die Kommission später zu der Ueberzeugung gelangt, daß Deutschland es an der Erfüllung der festgesetzten Bedingungen fehlen läßt. Unbeschadet ihrer eigenen allgemeinen Befugnisse, welche sie sich in dem genannten Abschnitt vorbehalten hat, behält sich die Kommission ausdrücklich das Recht vor, den Aufschub zu widerrufen, falls sie zu irgendwelchem Zeitpunkt von dem Fortschritt der Regelung der noch in der Schwebe befindlichen Fragen nicht befriedigt sein sollte oder falls Deutschland in Ermangelung der von ihm gewünschten Hilfe mittelst einer auswärtigen Anleihe, die in dem Schreiben des Reichsanalogs vom 28. Mai 1922 hinsichtlich der Begrenzung der schwebenden Schuld im einzelnen aufgeführten Maßnahmen nicht ausführen und andere Abmachungen zur Regelung der Frage des Fehlbetrages im Haushalt und der schwebenden Schuld nicht in einer, die Kommission befriedigenden Weise statt dessen zustande kommen sollte.

Entschädigungsdebatte im englischen Unterhaus.

London, 1. Juni. Im Unterhaus eröffnete die Entschädigungsdebatte der Arbeiterführer Clynes. Er sagte, England sei der wahre Freund Frankreichs und die Arbeiterschaft wünsche, daß diese Freundschaft auch recht erhalten werde. Die Sicherheit Frankreichs nur in der Durchführung dessen gefunden werden, was im Völkerbund vorgesehen sei. Man könne Deutschland vielleicht niederschmeißen und zerstören, aber dadurch würde man es für Deutschland weniger möglich machen, die geforderten Entschädigungen innerhalb der von den Alliierten festgesetzten Zeit zu bezahlen. England habe auch in Frankreich Hoffnungen erregt, die sich jetzt als vollkommen undurchführbar erwiesen. Clynes fragte, für welche Zeit die Ruhrfrage aufgehoben worden sei. Die Drohung mit militärischer Gewalt zum Eintreiben der Entschädigung biete ein ernstes Hindernis für das wirtschaftliche Wiederaufleben in England. Clynes fragte, ob Großbritannien in irgend einer Weise zur Teilnahme an einer weiteren Befestigung deutschen Gebiets verpflichtet sei und ob anlässlich der jetzt in Aussicht stehenden Regelung der gegebenen Augenblick gekommen sei, um die Zurückziehung der britischen und der französischen Truppen aus dem besetzten Gebiet Deutschlands zu vereinbaren. Welche Einwände könnten gegen eine internationale Anleihe bestehen, wie sie vor kurzem von Deutschland vorgeschlagen wurde, um dieses in den Stand zu setzen, wenn auch nicht die gesamten Entschädigungen, so doch bestimmt einen großen Teil zur Bezahlung zu bringen? Könne man dies nicht von Deutschland viel besser erlangen durch ein Uebereinkommen oder durch ein Schiedsgericht als durch die Anwendung von Gewalt? — Kenworthly erklärte, wenn man wirklich die Lage Europas besser machen wolle, müsse man alles anwenden, um die Zurückziehung der Besatzungsheere zu erreichen. Die Okkupationsheere hätten bereits mehr verschlungen, als man von Deutschland erhalten habe. Wenn der Völkerbund zu einer Realität gemacht werde, werde er eine viel bessere Verteidigung für Frankreich als jeder Akt von Gewalt oder jedes militärische Bündnis.

Stuttgart, 1. Juni. Höhere Brotpreise. Die Gewerbe- und Lebensmittelabteilung des Gemeinderats hat beschlossen, die Preise für Mehl und Brot zu erhöhen. Von heute ab beträgt der Höchstpreis für 1000 Gramm Markenbrot 7,50 M. (bisher 6,50 M.), für 1 Pfd. Markenmehl einschl. Düse 4,20 M. In dem Preis für das freie Gebäck tritt keine Veränderung ein.

Stuttgart, 1. Juni. Schwereinbrecher. Das Schöffengericht verurteilte den 21 Jahre alten Feinmechaniker Fritz Schmidt, der in der Weissenburgstraße einen Einbruch verübt und Brillantenschmuckachen im Wert von 600 000 M. gestohlen hatte, zu 1 Jahr Gefängnis. Die gestohlenen Sachen wurden wieder beigebracht.

Ludwigsburg, 1. Juni. Autounfall. Auf der Fahrt zwischen Vietzheim und Ludwigsburg fuhr infolge Verlegens der Steuerung ein Personenauto, in dem sich Offiziere der Stuttgarter Intendantur befanden, auf einen Steinhaufen. Die Insassen erlitten Verletzungen an Kopf und Hand.

Heilbronn, 1. Juni. P o c e n f ä l l e. In den letzten zwei Monaten sind hier sieben Pockenfälle vorgekommen. Es handelt sich, wie Medizinalrat Dr. Haag mitteilt, um schwarze Blattern. Es liegt aber keinerlei Grund zur Beängstigung vor.

Am, 1. Juni. Streifprozeß. Vor der hiesigen Straß-

rommer wurde gegen acht Arbeiter der Metallwarenfabrik Geislingen verhandelt, die am 25. März einen Streikbrecher, den Bildhauer Kesser, misshandelt bzw. zurückgehalten und weitere Personen belästigt hatten. Die Klage lautete auf Nötigung. Das Gericht verurteilte drei Arbeiter zu je 3 Wochen, weitere drei zu je 5-14 Tage Gefängnis und zwei zu Geldstrafen von 500 M bzw. 500 M.

Handelsnachrichten

Sollarkurs am 1. Juni: 277,30 Mark.

Der Papiergeldumsatz betrug in der dritten Maiwoche rund 15,127 Milliarden Mark, davon 14,138 Milliarden Reichsbanknoten und 989 Millionen Reichsbanknoten.

Der Preis für Zeitungsdruckpapier in Rollen wurde vom Fabrikantenverband für den Monat Juni zum Vergleich für die Frachteinhebung um 61 M für 100 kg. heraufgesetzt. Eine weitere Verteuerung wegen der Kohlenpreiserhöhung wird sich anschließen.

Befriedigende Baumwollenernte in Amerika. Amerikanischen Meldungen zufolge können die Aussichten für die Baumwollenernte in Arkansas, Florida, Tennessee und Missouri als befriedigend bezeichnet werden.

Uranerz. Bei der bekannten warmen Quelle Ragaz in der Nähe von Vättis im Canton Valais (Schweiz) soll das Vorhandensein von ziemlich ausgedehnten Lager von Uranerz, aus dem Radium gewonnen wird, festgestellt worden sein. Das Erz soll auch Quecksilber enthalten.

Stuttgarter Börse, 1. Juni. Die Kursgestaltung an der heutigen Börse war nicht einheitlich, neben Kursermäßigungen gab es Kurshebungen; im allgemeinen ist jedoch zu bemerken, daß die gestern aufgetretene freundlichere Stimmung angehalten und das dringende Verkaufsangebot aufgehört hat. Die Umsätze waren gering. Der Rentenmarkt verkehrte in fester Haltung, 4 v. H. Reichsanleihe war 6 höher bei 107, 3 v. H. 2 v. H. bei 86, 3 v. H. 10a um

10 v. H. auf 135 an. Von den Wechselaktien waren Bankaktien 5 v. H. niedriger bei 200, auch Hypothekendarlehen schwächer bei 170, dagegen konnten Rentenbank 10 v. H. auf 540 anziehen, wegen Vereinsbank zum einen um 20 v. H. niedrigerem Kurs bei 220 ohne Ware gelocht waren. Für Brauereierwerte bestand kein Interesse, die Kurse mühten sich durchweg nachgeben; Ravensburg blieben 330 auschl. Bezugsrecht, Ehlinger 210, Rekenmeyer 325 (350), Hohenjollern 330 (380), Bahn 150 (160), Janen und Walle 475 und 360. Bei den Splaneraktien verloren Erlangen 10 v. H. und schlossen 1230, Unterhausen 1800, Wietigheim 1300. Kolb-Schule wichen 60 v. H. auf 1900, Koffern 1500, Ruchen 1120 (1100), Filz 1150, Ehlingen 1160 (1190), Kattun 2400 (2500). Von den Metallaktien konnten sich Feinmechanik bei 1050 behaupten und Hohner um 30 v. H. auf 1430 anziehen, Junghans 370 (410), zu welchem Preis sie rationiert werden mußten. Metallwarenfabrik schlossen 1250 (1200). Auf dem Markt der Maschinenaktien hatten Daimler eine kleine Erhöhung auf 395 zu verzeichnen, Laupheimer 820, Ehlingen 710, Hesser 710, Weingarten 750, Reckersulmer 610. Von den übrigen Werten notierten Anilin unverändert 690, Bremen-Beslg. 20 v. H. höher bei 1550, Heidelberg Zement 680, Verlagsbank 1050 (1020), Köln-Rottw. 690. Krumm gewannen 15 v. H. und schlossen 355, Salzwerk Heilbronn 30 v. H. höher bei 980, Straßenbahnen 195, Stuttgarter Zucker 780 (770), Mannh. Del 770, Transport 700 auschl. Dividende, Ziegelwerke 20 v. H. höher bei 670.

Märkte

Stuttgarter, 1. Juni. Dem heutigen Schlachtlehmarkt waren zugeführt: 38 Ochsen, 9 Füllen, 160 Jungbullen, 135 Jungkühe, 225 Kühe, 377 Kälber, 1286 Schweine, 162 Schafe u. 7 Ziegen, die sämtlich verkauft wurden. Verlauf des Marktes: mäßig belebt. Erlöst wurden aus 100 Pfund Lebendgewicht: Ochsen 1.: 2700 bis 2800 M (wie am letzten Markt am 30. Juni), 2.: 1900-2400 M, Bullen 1.: 2300-2500 M (unverändert), 2.: 1950-2200 M, Jungkühe 1.: 2700-2850 M (unverändert), 2.: 2300-2550 M, 3.: 1800 bis 2200 M, Kühe 1.: 1800-2150 (1800-2200) M, 2.: 1300 bis 1750 M, 3.: 800-1100 M, Kälber 1.: 2900-3050 M (unverändert),

2.: 2800-2800 M, 3.: 2350-2500 M; Schweine 1.: 3500-3600 (3550-3450) M, 2.: 3000-3200 M, 3.: 2500-2800 M. - Der nächste Markt findet nicht am Dienstag, sondern am Mittwoch nach Pfingsten statt.

Wendelsbad, 1. Juni. Marktbericht. Der Zutrieb zum letzten Wochenfleischmarkt betrug 82 Milchschweine. Für das Paar wurde bezahlt: 1. Sorte 1900-2200 M, 2. Sorte 1700-1800 M. Da sich die Käufer zurückhielten, blieb ein kleiner Teil unverkauft.

Herrenberg, 1. Juni. Viehmarkt. Zugelassen: 10 Ochsen, 200 Kühe und Kalbinnen, 80 Stück Jungvieh. Von Händlern waren 87 Stück zugeführt. Erlöst wurde für ein Paar Ochsen 52 000-60 000 M, für eine kräftige Kuh 25 000-32 000 M, für eine Milchkuh 25 000-32 000 M, für eine Schlachtkuh 17 000 bis 22 000 M, für eine Kalbin 22 000-34 000 M, für ein Jungvieh oder einen Stier 6000-20 000 M. Preise fallend wegen der Verkauftwertung. Es waren wenige Käufer am Platze. Der Verkauf war schleppend. Begehrt war besonders fettes Vieh, Jungvieh, kräftiges Vieh, Milchkuhe. Auf dem Schweinemarkt waren zugeführt: 350 Milchschweine, Erlös pro Paar 2400-3200 M; 110 Käuferfleisch, Erlös pro Paar 3500-6500 M. Alles wurde verkauft.

Schlachtlehmarkt Ulm, 1. Juni. Zugelassen waren 23 Stück Großvieh, 85 Kälber, 41 Schweine, 1 Schaf. Erlöst wurden aus je 1 Jtr. Lebendgewicht: Ochsen 2.: 2400 M, Bullen 1.: 2200-2450 M, 2.: 1900-2200 M, 3.: 1300-1500 M, 3.: 900-1200 M, Kälber 1.: 2800-2900 M, 2.: 2000-2700 M, 3.: 2300-2500 M, Schweine 1.: 3300-3400 M, 2.: 3000-3200 M, 3.: 2600-2700 M. Verlauf des Marktes lebhaft.

Wetter-Bericht

Im Norden steht eine große Störung, aber der Hochdruck im Osten behauptet sich noch. Am Samstag und Sonntag sind vereinzelte Gewitter, sonst aber trockenes und warmes Wetter zu erwarten.

Linden-Künstlerspiele am Bahnhof: Jeden Abend 1/29 Uhr das glänzende Programm

Vorverkauf: Cigarrenhaus Wilkens, am Kurplatz.

Wildbad.

Am Samstag, den 3. Juni 1922 vorm. 11 Uhr wird auf dem Rathaus der **Grasertrag im Umrang**, ca. 8 Mr. für die 3 Nutzungsjahre 1922-1924 öffentlich versteigert.

Wildbad, 2. Juni 1922.

Die Stadtpflege.

Stadt Wildbad.

Reifig-Holz-Verkauf.

Am Dienstag, den 6. Juni 1922, nachm. 5 1/2 Uhr auf dem Rathaus in Wildbad aus Stadtwald IV Abt. Buchbusch und Steinriegel, V Abt. 8 Wannekopf 18 Flächenlose geschätzt zu 740 Wellen. Händler und auswärtige Steigerer sind von der Versteigerung ausgeschlossen.

Dankfagung.

Durch Vermittlung des Herrn Stadtpflegers Brachhold sind dem Unterzeichneten neuerdings folgende Spenden aus Amerika übergeben worden:
 Mk. 1615 für den Kirchenglockensfonds von Frau Verta Thumm, geb. Klotz in Florida.
 Mk. 1000 für den Glocken- und Orgelfonds von Frau E. Berner-Loussaint in Montreux.
 Mk. 3444 für den Glocken- und Orgelfonds, Mk. 1000 für den Bau eines ev. Vereinshauses von Herrn Christian Schmid, Steinhauers in Wildbad, Olgastraße, Ertrag einer Sammlung in Buffalo.
 Mk. 2000 für den Bau eines ev. Vereinshauses von Frau Mina Gaus, geb. Kappelmann, in Brooklyn.
 Allen hochherzigen Gebern wird hierdurch herzlichst Dank gesagt.

Evang. Stadtpfarramt:
Dr. Federlin.

Stets frische Trink-Eier zu haben bei **Wilh. Bott, Laienbergstr.**

Pension

für 3 Erwachsene ab 1. Juli für 3-4 Wochen, möglichst 1 Doppel- und 1 Einzelzimmer, oder 3 Einzelzimmer mit guter Verpflegung gesucht. Angebote mit Preisangabe unter Nr. 884 an Max Hansenstein & Vogler, Düsseldorf, Hansahaus.

Am Pfingsttag, den 3. Juni 1922 bleiben unsere Kassen und Büroräume **geschlossen.** Direction d. Disconto-Gesellschaft Zweigstelle Wildbad.

Homöopathie u. Naturheilkunde Reinfeldstr. 21. H. Maler, Pforzheim Fernruf 2218. behandelt Gicht, Rheumatismus, Nerven, Adverorkalkung, rheumatische Gesichtskrankheiten, Kopfschmerzen, Hautausschlag, Krampfadern, geschwulstige, offene Beine usw. mit bestem Erfolg. Augen diagnose. Sprechstunde in Wildbad: Freitag vormittag 8-1 Uhr, Kochstraße 193 bei Fischer.

Sie müssen gewinnen
 um der fortschreitenden Geldentwertung Rechnung zu tragen
 Ziehung 27. u. 28. Juni: **Süddeutsche Klassenlotterie**
5 Millionen M
 im günstigsten Fall auf ein Doppel-Los
6mal 1 Million Mk.
6mal 500 000 M
6mal 300 000 M
 Fast jedes zweite Los gewinnt!
 Lospreis 1. Klasse: Zustellungsgebühr 2 M 50 mehr
 1/8 1/4 1/2 1/1 Los 1/1 Doppel-Los
 15.60 31.20 62.40 124.80 249.60 M.
 Württ. Lotterien-Einnahme, Stuttgart
 Postscheckkonto Stuttgart 8111

Vermittlung durch: Gg. Göpper, (C. W. Bott's, Nachf.) Wildbad
Inseriert im „Tagblatt“!

Kaninchen

werden angekauft. Von wem? sagt die Geschäftsstelle des Bl. Wo? könnte ein gebildetes, arbeitsames **Fräulein** sich während der Saison (Privat oder Gasthaus) unentgeltlich im Kochen ausbilden, hier oder Umgebung. Angeb. erb. unter Nr. 6. 9 an die Exped. des Bl.

Wir liefern **Wäsche-Aussteuer** auch einz. Leib- und Hauswäsche Berufs- und Arbeiterkleidung noch billig, an sichere Louis auch geg. bequeme Abzahlung. Reichhaltige Preisliste gegen 2. Mk. Rückporto. **F. OLDEHUS** Neumünster i. Holst. Schützenberg 28, Schützenberg 58.

Drillhanszüge
 Blaue Arbeitsanzüge
 Sommer-Leinen-Kittel
 Arbeitsmantel
 Bindjacken
 Feldgraue Hosen
 Ranjeesterhosen
 Zwirn-Hosen und Engl. Lederhosen offeriert billigst
 Weintraubs An- und Verkaufsgeschäft Karlsruhe, Kronenstraße 52.
 Radfahrer-Verein Schwarzwald, Wildbad. Morgen Samstag abend 8 Uhr **Reifenfahren** für sämtliche Fahrer.

Eine Ziege, (unter zwei die Wahl) zu verkaufen. Wer sagt die Tagblatt-Geschäftsstelle.

Turnverein Wildbad. Heute abend 8 Uhr **Turnstunde.** Erscheinen sämtlicher Turner unbedingt erforderlich. Der Turnwart.

Alle Musik-Instrumente für Haus und Orchester von den einfachsten Schüler bis zu den feinsten Künstler-Instrumenten, alles Zubehör, Saiten usw. empfiehlt in reichster Auswahl **Musik-Haus Curth** Großhandel und Einzelverkauf Pforzheim, Leopoldstr. 17 (Altstadt, Kleinfisch - Hofbräu)

Pfannkuch & Co
 Frische **Spargel**, 1. Qualität.
Pfannkuch & Co
 G. m. b. H. in den besten Verkaufsstellen



Damen- und Mädchen-Bekleidung.
 Mäntel, Kostüme, Tailleurkleider, Röcke, Blusen, Morgen-Röcke, Unterröcke.
C. Berner, Pforzheim, Eike Metzger, u. Blumenstr.